# Der arme Teufel aus der Oberlausitz.

Für Wahrheit und Recht! Den Schwachen zum Schutz! Den Mächtigen zum Trutz!

Jahrgang 1 | Zittau, den 26. November 1927 | Nummer 47


## Herr Steldt zieht in die Boomblut!

Eine recht sonderbare Agitation für den Deutschen Textilarbeiterverband betreibt die Zahlstelle Bautzen des DTV. In Hainitz wurden gegen Ende Oktober Flugblätter an die Arbeiter verteilt: „Eine Wanderung durch das Spreetal und ein entdecktes Paradies?" Die Länge dieser Schreiberei gestattet nur die auszugsweise Wiedergabe. Wir werden uns nur mit dem größten Kohl beschäftigen. Der Werbeartikel beginnt:

„Das schöne Bautzen mit seinen vielen Türmen, altertümlichen Gebäuden und romantischen Bildern verlassend, **wandern wir der Spree entlang an großen, gewaltigen Naturdenkmälern, den riesigen Felsblöcken, schönen Wiesen und Wäldern vorüber, und unser Herz ist voller Lust und Freude ob all dieser wundervollen Eindrücke der schönen Natur. Mit schwellender Brust** und froher Laune **ziehen wir an den rauschenden Wehren mit schäumenden Wässern und den klappernden Mühlen dahin.** — — —

**Hier** und da erblicken wir einen hohen Schornstein, erinnernd an eine Stätte, **wo Menschen zusammen mit kreischenden** und ächzenden Maschinen Waren für den **allgemeinen Wirtschaftsbedarf** erzeugen. Aber hier bekommt auch unsere gute Laune bei dem Gedanken, daß die schaffenden Menschen vom frühen Morgen bis zum späten Abend an den Maschinen schwer arbeiten müssen und nicht Zeit haben sollen, sich frei in der schönen Natur zu bewegen, den ersten Knacks. Doch nachdem wir uns sagen, daß nur pro Tag acht Stunden laut Gesetz gearbeitet werden darf — — — hatte sich unsere frohe Laune wiedergefunden und wir wanderten frohen Mutes immer weiter der Spree entlang aufwärts — nach dem Orte Hainitz."

Dies ist der Anfang eines Flugblattes, welches das Interesse der Arbeiterschaft für den Deutschen Textilarbeiterverband wecken soll, dessen Vertreter in einer Zeit, wo die Arbeiter noch **schwer schuften müssen, im Spreetal lustwandeln. Da es sich hierbei nur um Herrn Steldt und andere handeln kann und Herr Steldt als trinkfester Herr bekannt ist, so konnte man ruhig** noch über das Bier in der „Weiten Bleiche" oder „Spreetal Grubschütz" dazuschreiben. Wenn Herr Steldt eine Ahnung hätte, wie die Stimmung der Arbeiterschaft gegen solches Gerede **ist, würde er wohl andere Töne angeschlagen haben. Wenn man für den Verband wirbt, kann man allerhand zu hören bekommen, am meisten aber, daß die Verbandsangestellten für die Groschen der Arbeiterschaft ein schönes Leben führen und für die Arbeiterschaft nichts leisten. Aus diesem Grunde bleiben viele Arbeiter dem Verbande fern. Anstatt nun diesen Verdacht nach Möglichkeit zu entkräften und den Arbeitern das Gegenteil zu beweisen,** bringen es die reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten fertig, die Behauptungen der unorganisierten Arbeiterschaft zu bestätigen, und glauben, mit solchen Boomblutwanderungsberichten die Arbeiterschaft für den Verband zu gewinnen. Wohin haben die Reformisten die Gewerkschaften gebracht? Aus der einstigen Kampforganisation haben sie einen Geselligkeitsverein gemacht. Sogar vor einem Arbeiterbetrug wird nicht mehr halt gemacht. Herr Steldt schreibt von einem Achtstundentag laut Gesetz, verschweigt aber, daß mit Hilfe der Reformisten die 53-Stundenwoche vertraglich festgesetzt ist.

Ueber den übrigen Inhalt, der sich in langem und breitem mit der Firma Grützner u. Faltis, Hainitz, beschäftigt, ist nichts Wesentliches zu berichten. Ueber die unerhörte Ausbeuterei in diesem Musterbetrieb ist schon berichtet worden, und wir werden zu gegebener Zeit erneut die Mißstände aufdecken. In dem Bericht heißt es, daß man die Arbeiter an den Textilarbeiterverband verwiesen habe, und daß dieser ganz bestimmt die Mißstände beseitigen würde. Hier erinnern wir Herrn Steldt, ob er die Mißstände in Kleinwelka, wo eine fast restlos organisierte Arbeiterschaft ist, schon beseitigt hat. Bis heute noch nicht! Und in Hainitz wagt er zu behaupten, daß der Verband solche Mißstände beseitigen werde. Zum Schluß heißt es: „Hinein in den DTV und mitgekämpft für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, damit auch die Textilarbeiterschaft Zeit und Kraft gewinnt, sich in der schönen freien Natur nach Herzenslust bewegen zu können." Wir fragen uns nur, wo die Arbeiterschaft mitkämpfen soll. Die Reformisten haben ja jedesmal vor den Arbeitgebern die Waffen gestreckt, sie haben aus einer lächerlichen Lohnerhöhung stets einen „vollen Erfolg" gemacht und so die Arbeiterschaft dauernd betrogen. Wie können aber auch Heidel und Konsorten gegen das Unternehmertum, mit dem sie selbst schon unter einer Decke stecken, für die Arbeiterschaft kämpfen? Solange solche Leute die Arbeiterschaft führen sollen, ist jeder Erfolg in Frage gestellt. Die organisierte Arbeiterschaft muß diesen Herren das schärfste Mißtrauen aussprechen und an ihre Stelle Arbeitervertreter und nicht Arbeiterverräter setzen. Dann wird auch durch entschlossenen Kampf ein besseres Dasein erkämpft werden. Für dieses Ziel kämpft die Textilarbeiteropposition unter Führung der Kommunisten. Darum stärkt ihre Reihen und helft mit, die Arbeiterverräter aus der Führung der Klassenkampforganisationen zu entfernen. Dies könnt ihr allerdings nur, wenn ihr als Mitglieder des DTV eure Rechte geltend macht. Darum tretet ein und haltet zur Opposition in den freien Gewerkschaften.

## Der Marktplatz als Autogarage

(Arbeiterkorrespondenz.)

**Zittau.** Der Verkehr nimmt immer größere Dimensionen an. Die Ruhe der Kleinstadt ist im Zittauer Stadtbilde verschwunden. Der Löwenanteil an dem Betriebe dürfte ohne Zweifel durch den Autoverkehr bestritten werden. Das Anwachsen des Autobetriebes kann sehr deutlich auf dem Marktplatze beobachtet werden. Da stehen jetzt an manchen Tagen in langer Reihe mitunter 30—40 Autos. Vom kleinen Hennemat bis zum größten Luxuswagen sind alle Schattierungen vorhanden. Wenn sich die Sitte der Autobesitzer, ihre Wagen auf dem Markte zu stationieren, noch steigert, so kann es dahin kommen, daß der Platz von diesen „Pestwagen" vollständig vollgepfropft wird. Selbst der kleine Platz vor der Johanniskirche ist immer besetzt mit Kraftwagen. Aber nicht etwa, weil der Besitzer des Wagens gerade das Bedürfnis hat, in diesem Gebäude seine Sünden loszuwerden, oder sich das schöne Orgelspiel anzuhören, sondern die Herren ziehen es vor, gegenüber im „Kleinen Päz" oder in einem anderen Gasthaus einzukehren und dort für ihr leibliches Wohl zu sorgen. Die Kapelle des Teufels zieht eben mehr an als das Gotteshaus. Das interessiert uns aber bei dieser Gelegenheit weniger, uns kommt es vielmehr darauf an, die Unsitte zu bekämpfen, an dieser Stelle eine Autostation zu errichten. Nicht etwa aus Rücksicht auf die Kirche, sondern weil die Fußpassanten durch das An- und Abfahren der Autos in ständiger Gefahr schweben, überfahren zu werden. Sonderbar ist, daß von der Unsitte der Gutsbesitzer, alle freien Plätze im Stadtinnern mit Beschlag zu belegen, von der Stadtverwaltung noch nichts bemerkt worden ist, und behördlicherseits nicht für Abhilfe gesorgt wird. Freilich, es handelt sich hier um die Gepflogenheiten besseregestellter Kreise. Was würde eintreten, wenn etwa die werktätige Bevölkerung den Markt als Abstellplatz für ihre Leiterwagen benutzen würde? Es wäre für diese Bevölkerungsschicht ein leichtes, mit diesem nützlichen Gerät den Markt vollzustellen. Das soll zeigen, wie ein kleiner Teil Menschen sich besondere Rechte anmaßt. Wenn die Herrschaften kein Geld haben, ihre Luxuswagen in geschlossenen Räumen unterzubringen, dann sollten sie diese auf die Schießwiese hinunterbefördern, dort ist Platz genug und sie stören auch niemand. Allerdings dort unten ist es etwas schmutzig, aber die Herren haben ja genügend Geld, sie können sich den Platz vorrichten lassen. Vielleicht befaßt sich mit dieser Frage einmal das Stadtverordnetenkollegium und bringt Vorschläge, wie dieser Unsitte abzuhelfen ist. Vom Stadtverordnetensaal aus ist es ja recht schön, zu sehen, wie fein sich der Zittauer Markt als Autogarage ausnimmt.

# Antiproletarische Einheitsfront

**Die Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten im Bautzner Stadtparlament gegen die ausgesperrten Metallarbeiter**

„Skandalöses Auftreten der Kommunisten" schreiben die Bautzner Nachrichten, „Fehlgeschlagene kommunistische Taktik" heißt es im Tageblatt, „Arbeiterschädliche Politik der Kommunisten" schreit die Volkszeitung. Deutschnationale und Sozialdemokraten entfachen eine wüste Hetze gegen die Kommunisten. Warum dies alles?

**Die Tabakfabrikanten** sperren unter Bruch des Tarifvertrages die Arbeiterinnen und Arbeiter aus. Sie wollen die Tabakarbeiter zwingen, für einen noch erbärmlicheren Lohn noch länger zu arbeiten. Die kommunistische Fraktion fühlt sich verpflichtet als Fraktion der Arbeiter und der übrigen Werktätigen, in erster Linie die Interessen der breiten Massen gegen die Ausbeuter wahrzunehmen. Unsere Stadtverordnetenfraktion beantragte deshalb,

**den ausgesperrten Arbeitern und Arbeiterinnen der Zigarrenindustrie Fürsorgeunterstützung während der Aussperrung zu gewähren.**

Dieser Antrag wurde von unserem Redner in sachlicher Form begründet. Die Stadtverordneten Buchholz (SPD) und Scheffel (Zentrum) mußten die vom Genossen Schulz angeführten Tatsachen bestätigen. Wie so oft, fanden diese beiden Fraktionsredner „warme Worte" für die Notleidenden. Das hielt Herrn Scheffel aber nicht ab, unseren Antrag für „ungesetzlich" zu erklären. Er bewies damit die elende Heuchelei der bürgerlichen Parteien, die nur reden, aber nichts tun, um das Elend und die Not abzustellen.

Herrn Bürgermeister Dr. Förster amüsierte die Notlage der Zigarrenarbeiter. Er plapperte Herrn Scheffel nach von der „Ungesetzlichkeit" des Antrages, ohne den Beweis dafür anzutreten.

Faktisch ist die Gemeinde gesetzlich verpflichtet, jeden in Not Geratenen auf seinen Antrag hin zu unterstützen. Wir Kommunisten haben die Auffassung, daß die Stadtverwaltung, die immer von Allgemeininteressen faselt, generell den ausgesperrten Tabakarbeitern aus Fürsorgemitteln Unterstützung gewähren muß. Es ist bezeichnend dafür, wie die Stadtverwaltung (die den Ausbeutern in weitestem Maße entgegenkommt) die „Wahrung der Allgemeininteressen" auffaßt, daß überhaupt erst ein Antrag auf Unterstützung gestellt werden mußte.

Dr. Förster versuchte, den starken Eindruck der Rede unseres Genossen Schulz zu verwischen, zynisch, grinsend behauptete er:

„Herr Schulz habe eben seine Rede, die er zugeschickt erhalten habe, hersagen müssen, ganz gleich, ob sie herpasse. Es sei traurig daß die Kommunisten ihre Suppe an der Not dieser wirklich bedauernswerten Leute kochen."

(Siehe Bautzner Tageblatt vom 18. 11. 27.)

Diese Mätzchen wurden vom Vorsteher und dem Kollegium ruhig hingenommen. Sie haben den Zweck, die Unterstützung der tarifbrüchigen Zigarrenfabrikanten durch die Stadtverwaltung und die Fraktionen des Stadtverordnetenkollegiums von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zu verschleiern.

Die kommunistische Fraktion war verpflichtet, dieses Manöver der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront — unter der Führung des Bürgermeisters Dr. Förster — zu zerstören. Der deutschnationale Bürgermeister hat in jeder Verhandlung des Kollegiums bei Erwerbslosen-, Sozial- und Kleinrentner- und ähnlichen Wohlfahrtsfragen immerwährend zynisch gelacht. Seine einzige Aufgabe sieht er darin, mit Gummiknüppel und Staatsanwalt gegen die Arbeiter und ihre Führerin, die Kommunistische Partei, anzukämpfen. Unsere Stadtverordnetenfraktion verfehlte nicht, diesem mit wenig Intelligenz ausgerüsteten Führer der Reaktion im Bautzner Rathaus die gebührende Antwort zu geben.

**Darum Zeter und Mordio!** Darum das einmütige Geschrei von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten gegen die „unanständigen" Kommunisten. Kein Wort findet die sogenannte Volkszeitung gegen den deutschnationalen Bürgermeister.

„Diesen (den Kommunisten) gilt unerbittlicher, rücksichtsloser Kampf!"

schreibt der Vorwärts vom 10. November 1927. Die Sozialdemokraten im Bautzner Stadtverordnetenkollegium bedienen sich, dieser Anweisung des Parteivorstandes entsprechend, ebenso schäbiger Mittel im Kampf gegen die Kommunisten. Sie wollen ebenso wie der Parteivorstand ihre Koalitionsfähigkeit dem Bürgertum beweisen und fallen, Arm in Arm mit Dr. Förster, den Tabakarbeitern in den Rücken. Die SPD-Fraktion scheut sich nicht, zu behaupten, die Kommunisten seien verantwortlich dafür, daß die Zigarrenarbeiter nichts erhielten. Durch diese Lüge soll lediglich ihre Einheitsfront mit den Deutschnationalen verschleiert werden.

**Noch nie hat dieses reaktionäre Kollegium etwas für die Notleidenden Bautzens übrig gehabt!**

**Zahllose Anträge unserer Fraktion** für die **Erwerbslosen,** für die **Sozial- und Kleinrentner,** für die **Kurzarbeiter, für die Verbilligung von Gas und Strom** an Kleinabnehmer, für **Kinderspeisungen,** für **Lernmittelfreiheit,** für **Aufbesserung der Gehälter** der unteren und mittleren Angestellten und Beamten, für die **Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Erhöhung der Löhne** der Gemeindearbeiter, für **verstärkten Wohnungsbau** und Ausführung sämtlicher Baue in städtischer Regie (um den Gewinn des Privatkapitals auszuschalten und dadurch die **Mieten zu verbilligen**), für **Milchverbilligung** an Minderbemittelte, für **Krüppelhilfe** usw. wurden **abgelehnt.**

In den meisten Fällen **auch** von den Sozialdemokraten!

Und jetzt sollen auf einmal die Kommunisten **schuld sein, daß ihr eigener Antrag** für die Zigarrenarbeiter **abgelehnt ist.** Hinter dieser Lüge soll lediglich der Verrat der SPD-Fraktion an den Arbeitern versteckt werden.

Werktätige! Macht Front gegen diese lächerliche **Verleumdung** und kämpft gemeinsam mit den **Kommunisten gegen die** schwarz-weiß-rot-goldene Einheitsfront von den **Deutschnationalen** bis zu den Sozialdemokraten im Bautzner **Stadtparlament.** Die SPD-Fraktion redet nur gegen die **Deutschnationalen,** an einen wirklichen Kampf denkt sie nicht. Sie unterstützt durch die Duldung der ASP-Führer in den **Gewerkschaften** die sächsische Koalitionsregierung zwischen Stahlhelm, Deutschnationaler Partei und ASP.

Wenn schon der christliche Arbeitervertreter **Scheffel unseren** Antrag für „ungesetzlich" erklärte, wäre das **Verlassen** des Sitzungssaales seitens der **Bürgerlichen** überflüssig. **Weil aber** der Antrag gesetzlich zulässig ist, verließen die **Heuchler** den Sitzungssaal, um sich vor der Abstimmung zu drücken.

Der Vorsteher Lunze schloß, entgegen den klaren Bestimmungen der Gemeindeordnung, die Sitzung und beging einen glatten Rechtsbruch. Er bewies, daß die Demokratie einen Dreck wert ist, wenn die kapitalistischen Parteien mit ihrer Politik in Schwierigkeiten geraten. Die kommunistische Fraktion wird die Heuchler aber zwingen, **Farbe zu bekennen** und als erstes auf der nächsten Sitzung Abstimmung des Antrages fordern. Dabei wird sich zeigen, ob die SPD weiter wie bisher mit den Deutschnationalen gegen die Kommunisten zu kämpfen gewillt ist, wie es der Vorwärts fordert.

Werktätige Einwohner Bautzens! Mit Lüge und Verleumdung ist immerwährend gegen die Notleidenden, gegen die Unterdrückten und ihre Vertreter gekämpft worden. Die Hindenburgrepublik haben wir in Miniatur in Bautzen. Hohn und Spott, Gummiknüppel und Kerker für die Notleidenden, ein devotes Kriechen vor den Kapitalisten, den Bankiers, den Industriellen und Großgrundbesitzern. Das ist der Inhalt der Bürgerblockpolitik im Reich, die ihren Abklatsch in der Bautzner Stadtverwaltung hat. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion trottet ebenso, wie ihr Parteivorstand, hinter den Ausbeutern der brutalen Trustbourgeoisie einher, um die die von „Gott gewollte Ordnung" der Ausbeutung, des Terrors und der Pfaffen aufrechtzuerhalten. Wir Kommunisten betonen immer wieder den Werktätigen gegenüber: Kampf der Arbeitsgemeinschaft, Kampf der Koalitionspolitik, den Weg zum Aufstieg, zur Freiheit wies uns die russische Arbeiter- und Bauernschaft durch die proletarische Revolution.

Trotz Lüge und Verleumdung der bürgerlich-sozialdemokratischen Pressemeute werden wir uns nicht beirren lassen und fortwährend die Interessen der Notleidenden und Ausgebeuteten vertreten. Darum unterstützt die Kommunistische Partei und ihre Stadtverordnetenfraktion gegen die Bürgerblockregierung, gegen die Koalitionspolitik, gegen Lüge und Verleumdung.

Im Kampfe für Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, für die Einheitsfront aller Werktätigen

## Schikanierung der Erwerbslosen

(Arbeiterkorrespondenz.)

**Oberseifersdorf.** Bis jetzt war es möglich, daß die Erwerbslosen unseres Ortes stempeln und das Abholen der Unterstützung im Orte erledigen konnten. In Zukunft soll es anders werden. Die Erwerbslosen müssen dreimal wöchentlich den 7 Kilometer weiten Weg nach Zittau machen und auf dem Arbeitsnachweis in Zittau stempeln, dann erhalten sie im Orte die Unterstützung. Daß dieses als eine Schikanierung von den Erwerbslosen angesehen wird, ist verständlich. Aber man gibt der Vermutung Ausdruck, daß unser Bürgermeister noch über den letzten Beschluß der Gemeindeverordneten verärgert sein mag, weil dort abgelehnt wurde, seine eigene Tochter auf dem Gemeindeamt einzustellen, um sie dort besonders mit der Erwerbslosensache zu beschäftigen. Richtig ist vor allem, daß der Bürgermeister in dieser Angelegenheit gute Miene hatte und er ganz bestimmte Pläne seitens der kommunistischen Gemeindeverordneten erst bekommen mußte, um Schritte in die Wege zu leiten, die diesem traurigen Zustand ein Ende machen. An den Erwerbslosen wird es liegen, künftighin auf der Hut zu sein und den Schikanen sofort ein Ende zu machen, indem sie die kommunistischen Kollegen als Verordnete tatkräftig unterstützen und ihnen alle Tatsachen zu Gehör bringen. Erwerbslose, lest die Arbeiterstimme, sie ist das Organ aller Werktätigen!


Verantwortlich: Hermann Flammiger, Ebersbach



SLUB
Wir führen Wissen.